



Die Auswahl historischer Inhalte für den Geschichtsunterricht muss sowohl fachwissenschaftlich als auch fachdidaktisch begründet werden. Über die Art und Weise der Umsetzung entscheiden schließlich didaktische und methodische Überlegungen.

Ist Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein grundsätzlich ein für den Geschichtsunterricht geeignetes und lohnenswertes Thema? Und wenn ja, was sollte bei der Umsetzung bedacht werden? Zunächst zur Frage nach der Relevanz:

Die Diskussionen über die Entschädigung der während des Zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich tätigen ehemaligen Zwangsarbeitenden hatten zur Folge, dass dieses lange Zeit verdrängte Kapitel unserer Geschichte an die Öffentlichkeit und damit ins Bewusstsein der Menschen gelangte. Auch auf Landesebene sah man sich veranlasst, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ein Gutachten zur Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein wurde in Auftrag gegeben.

Geschichte im Sinne des Versuchs der Rekonstruktion der Vergangenheit entsteht – wie an diesem Beispiel deutlich wird – erst dann, wenn ein gegenwärtiges, auf die Zukunft gerichtetes Interesse an Informationen und Orientierung vorliegt. Diese Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit von Geschichte wird von Geschichtsdidaktikern als gewichtige Prämisse für die Auswahl historischer Inhalte für den Geschichtsunterricht herangezogen.² Demnach sollte ein konkreter Bezug zwischen Gegenwart und Geschichte bzw. Schülerinteresse und Wissenschaftswissen bestehen. Zu überlegen ist, was für gegenwärtig lebende und zukünftig handelnde Menschen wissenschaftlich wertvoll und bedenkenswert ist.³

Zwangsarbeit ist ein sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene viel diskutiertes und damit gesellschaftlich relevantes Thema, bei dem sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen heutiger Problematik und vergangenem Geschehen herstellen lässt. Bezogen auf die Prämisse der Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit lässt sich die Frage nach der Auswahl daher bejahen.

Zwangsarbeitende gehörten in Schleswig-Holstein zwischen 1939 und 1945 zum Alltagsbild. Auf 80-95% aller landwirtschaftlichen Betriebe war mindestens eine ausländische Arbeitskraft tätig. Auch Industrie, Handwerk und Öffentlicher Dienst profitierten. Der Vergleich mit der Reichsebene ergab, dass hier der sog. ‚Ausländereinsatz‘ früher ausgebaut wurde und etwa ein Jahr früher seinen Höchststand erreichte. In Schleswig-Holstein waren vor allem die beiden Gruppen von Zwangsarbeitenden stark vertreten, die unter besonders harten Bedingungen lebten und arbeiteten: Menschen aus Polen und der Sowjetunion.⁴ Dies sind nur einige Aspekte, die die regionalgeschichtliche Bedeutung des Themas aufzeigen. Hier zeigt sich, dass Regionalgeschichte ihren spezifischen Eigenwert besitzt und nicht nur anschauliches Abbild nationaler Geschichte ist. Zwangsarbeit in Schles-

Birte Claasen: „Die Sonne scheint allen, sogar denen, die das Ost-Abzeichen tragen.“¹

Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein als Thema in der Schule

1 Tatjana Wassiljewa: Ab jetzt zählt jeder Tag. Weinheim und Basel 1994, S.72. Es handelt sich hierbei um ein autobiographisches Jugendbuch. Die Autorin musste als junges Mädchen im Deutschen Reich Zwangsarbeit leisten. Zur Erläuterung: Zwangsarbeitende aus der Sowjetunion und aus Polen mussten ein „OST“- bzw. „P“- Abzeichen an ihrer Kleidung tragen. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Text.

2 Vgl. dazu u.a.: Bergmann, Klaus: Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit, in: Klaus Bergmann (u.a., Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik. 5. überarb. Aufl. Seelze-Velber 1997, S.266-68 und ders.: Beiträge zu einer Theorie historischen Lernens. Klaus Bergmann zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Ulrich Mayer u.a. Schwalbach 1998, S.142ff.

3 Vgl. dazu auch: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): Lehrplan für die Sekundarstufe 1 der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen. Hauptschule, Realschule, Gymnasium-Geschichte. Kiel 1997, S.17: „(...) die Fähigkeit, die historische Bedingtheit der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten der Gegenwart zu erkennen.“

4 Vgl. dazu: Danker, Uwe: Staturerhebung: Ausländer im ‚Arbeitseinsatz‘ in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945, in: Uwe Danker/ Robert Bohn: IZRG-Gutachten. Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939-1945. Schleswig 2000, S.36-133 und Danker, Uwe/ Bohn, Robert: Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein: Zahlen, Fakten und Daten, in: Verschleppt nach Schleswig-Holstein. Zwangsarbeitende 1939-1945. Labskaus Nummer 11. Hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildung in Schleswig-Holstein. Kiel 2000, S. 6-11.

5 Vgl. dazu Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): a.a.O., S.24, 28 und 33.

6 Vgl. dazu: Bohn, Robert: Einführung in die Thematik. Ausländische Zwangsarbeitende in der NS-Kriegswirtschaft, in: Uwe Danker/ Robert Bohn: a.a.O., S.3-23 und Danker, Uwe/ Bohn, Robert: Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945: Zahlen, Fakten und Daten, a.a.O., S.6-8.

wig-Holstein lässt sich demnach regionalgeschichtlich als Unterrichtsinhalt begründen.

Der Lehrplan Geschichte für die Sekundarstufe 1 sieht unter den Oberthemen „Nationalsozialistische Gewaltherrschaft“ bzw. „Demokratie und Diktatur“ u.a. die Inhalte „Alltag im Nationalsozialismus“; „Das Gesicht des Krieges“; „Rassismus und Antisemitismus“ und „NS-Eroberungspolitik“ vor.⁵ Bei der Zwangsarbeit handelt es sich um ein besonderes Kapitel nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, von dem ca. 9,5 Millionen Menschen betroffen waren. An diesem Beispiel zeigt sich die menschenverachtende rassistische Ideologie des Nationalsozialismus besonders deutlich. Ausländische Arbeitende gehörten sowohl in den Städten als auch auf dem Land zum Alltagsleben. Schon diese kurzen Ausführungen zeigen, dass sich das Thema in den Lehrplan integrieren lässt.

Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein ist – das zeigen die bisherigen Ausführungen – ein gesellschaftlich relevantes und damit gegenwarts- und zukunftsbezogenes Thema, das außerdem regionalgeschichtliche Bedeutung aufweist und sich inhaltlich im Lehrplan verorten lässt. Was die schulische Umsetzung angeht, ergeben sich allerdings neue Fragen: bezüglich der didaktischen Aufbereitung, der Materialbeschaffung und des Zeitfaktors.

Folgende Stichworte sollten bei der Didaktisierung richtungsweisend sein: 1. Grundlagen schaffen, 2. Multiperspektivität, 3. regionalgeschichtlicher Zugriff, 4. Annäherung über Personen und 5. Nutzung der methodischen Optionen des regionalgeschichtlichen Ansatzes.

Mit dem Begriff „Grundlagen“ wurden drei Bereiche zusammengefasst: 1. das Basiswissen, das die Schülerinnen und Schüler benötigen, um sich wirklich mit dem Thema auseinandersetzen zu können, 2. die Kenntnisse über die spezifischen Ausprägungen der Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein im Vergleich zur Reichsebene und 3. grundlegende Informationen über das Leben und Arbeiten der sog. ‚Fremdarbeiter‘ und über das Verhalten der nationalsozialistischen Gesellschaft bzw. der Obrigkeit. Es geht an dieser Stelle um die gewünschte Sachkompetenz.

1. Zum Basiswissen sollten meiner Ansicht nach folgende Aspekte gehören:

Die Schülerinnen und Schüler sollten wissen, welches Ziel die nationalsozialistische Wirtschaft verfolgte: nämlich die Ausbeutung von Kriegsgefangenen und sog. ‚Zivilarbeitern‘ zur Erhaltung der Kriegswirtschaft. Sie sollten Kenntnis davon erhalten, woher die Menschen kamen und wie viele es waren, um eine Vorstellung der Dimensionen zu erhalten. Es gab verschiedene Phasen des sog. ‚Arbeitseinsatzes‘, wobei der Zwang ständig zunahm. Dies ist ein wesentlicher Punkt. Die Problematisierung der Begriffe ‚Fremdarbeiter‘, ‚Zivilarbeiter‘, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter sollte ebenfalls stattfinden. Die Schülerinnen und Schüler sollten für die unterschiedliche Bedeutung der Begriffe sensibilisiert werden und wissen, dass nicht alle ausländischen Arbeitenden zwangsverschleppt wurden, sie aber aufgrund der späteren Lebensumstände dennoch zu Zwangsarbeitenden werden konnten. Und schließlich gehört das Wissen um die Aktualität des Themas und die wesentlichen Inhalte der Entschädigungsdebatte dazu.⁶

2. Die Schülerinnen und Schüler sollten sich darüber hinaus Kenntnis über folgende regionalgeschichtliche Besonderheiten erarbeiten:

Sie sollten wissen, dass zwischen 1939 und 1945 insgesamt ca. 225 000 ‚Fremdarbeiter‘, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Schleswig-Holstein tätig waren, davon 46% in der Landwirtschaft, etwa 35% in der Industrie (hier vor allem in der metallverarbeitenden Industrie), knapp ein Zehntel im Bereich Handwerk, Dienstleistungen und Bauwirtschaft und gut ein Zehntel im Öffentlichen Dienst. In 80-95% aller bäuerlichen Betriebe war mindestens eine ausländische Arbeitskraft beschäftigt. In Schleswig-Holstein arbeiteten überdurchschnittlich viele Polen und sog. ‚Ostarbeiter‘ und damit vor allem jene Gruppen von Zwangsarbeitenden, für die besonders harte Bestimmungen galten. Die Schülerinnen und Schüler sollten zur Kenntnis nehmen, dass Schleswig-Holstein im Vergleich zur Reichsebene deutlich stärker vom System der Zwangsarbeit profitierte, und erfahren, dass es Außenstellen des Konzentrationslagers Neuengamme in Kaltenkirchen, Schwesing und Ladelund gab, in denen im Winter 1944/45 ca. 2 000 zusätzliche ausländische Zwangsarbeitende aus der Gruppe der KZ-Insassen ausgebeutet wurden.⁷

3. Darüber hinaus sollten die Schülerinnen und Schüler einen Eindruck von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitenden erhalten:

Sie sollten erfahren, dass die Menschen auf unterschiedlichen Wegen ins Deutsche Reich kamen und was unter einer ‚Zwangsaushebung‘ zu verstehen ist, wie beschwerlich und gefährlich allein der Transport bereits war und welche Prozeduren bei der Ankunft erfolgten: Durchgangslager, Registrierung, ärztliche Untersuchungen, oftmals die erniedrigende Zurschaustellung für die zukünftigen Arbeitgeber und die Unterbringung. Die Schülerinnen und Schüler sollten wissen, dass das Leben der sog. ‚Fremdarbeiter‘ strengen Regeln unterworfen war und dass für die polnischen Arbeitenden und diejenigen aus der Sowjetunion besonders harte Bedingungen galten. Sie sollten die wesentlichen Inhalte der ‚Polen- und Ostarbeiter-Erlasse‘ kennen und erkennen, welche Konsequenzen sie mit sich brachten, besonders die Stigmatisierung mit dem ‚P‘- bzw. ‚OST‘-Abzeichen. Sie sollten erfahren, dass vor allem Polen und ‚Ostarbeiter‘ unter den Folgen der Unterernährung litten. Außerdem sollten die Unterschiede zwischen dem Leben und Arbeiten in der Stadt und auf dem Land hinsichtlich Ernährung, Unterbringung und Abhängigkeit vom Vorgesetzten herausgearbeitet werden. Die Schülerinnen und Schüler sollten erkennen, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeitenden unterschiedlich waren, sie aber alle täglich dem Zwangscharakter ihrer Lebenssituation ausgesetzt waren.⁸

Bezüglich der Haltung der Obrigkeit sollten folgende Punkte verdeutlicht werden:

Der grundsätzliche Konflikt zwischen der Ideologie auf der einen und den wirtschaftlichen und kriegsbedingten Interessen auf der anderen Seite und der für diesen Zusammenhang wohl wesentlichste Aspekt: Die aus der nationalsozialistischen Ideologie resultierende Hierarchie, bei der die Arbeitnehmer verbündeter Staaten ganz oben und die aus der

⁷ Vgl. dazu: Danker, Uwe: Statuserhebung: Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945, a.a.O., S.36-133.

⁸ Vgl. dazu Köhler, Nils: Die Perspektive der Zwangsarbeitenden. Polen und Ostarbeiter in Schleswig-Holstein, in: Uwe Danker/Robert Bohn: a.a.O., S.134-171 und ders.: „Während des Krieges, weit im fremden Land“: Die Perspektive der Zwangsarbeitenden, in: Verschleppt nach Schleswig-Holstein. Zwangsarbeitende 1939-1945, a.a.O., S.12-19.

9 Vgl. dazu: Oddey, Markus: Unnütze Esser oder nützliche Helfer? Perspektive der staatlichen/ provinziellen/ kommunalen Behörden und Verbände, in: Uwe Danker/ Robert Bohn: a.a.O., S.172-247 und ders.: Unnütze Esser oder nützliche Helfer? Die Perspektive der Obrigkeit, in: Verschleppt nach Schleswig-Holstein. Zwangsarbeitende 1939-1945, a.a.O., S.20-23.

10 Vgl. dazu Lehmann, Sebastian: Die Perspektive der schleswig-holsteinischen „Volksgemeinschaft“, in: Uwe Danker/ Robert Bohn: a.a.O., S.248-277 und ders.: „Feind bleibt Feind“: Die Perspektive der schleswig-holsteinischen ‚Volksgemeinschaft‘, in: Verschleppt nach Schleswig-Holstein. Zwangsarbeitende 1939-1945, a.a.O., S.24-27.

11 Vgl. dazu Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): a.a.O., S.16: „Der Geschichtsunterricht vermittelt auch die Einsicht in die Verschiedenheit menschlicher Daseinsformen und die Fähigkeit, sich in die Situation der am historischen Prozeß beteiligten Individuen und Gruppen hineinzuversetzen.“

12 Vgl. dazu: Bergmann, Klaus: Multiperspektivischer Geschichtsunterricht, in: Klaus Bergmann: a.a.O., S.168ff.

Sowjetunion ganz unten standen. Aus dieser Hierarchie wiederum resultierten die Unterschiede in der Behandlung der ausländischen Arbeitenden, die in den ‚Erlässen‘ zum Ausdruck kamen. Darüber hinaus sollte die Diskrepanz zwischen Anspruch der Erlasse und ihrer realen Umsetzung angesprochen werden.⁹

Hinsichtlich der nationalsozialistischen Gesellschaft sollten folgende Aspekte thematisiert werden:

Die ausländischen Arbeitenden gehörten zum Alltagsbild. Es wurde von staatlicher Seite versucht, die sog. ‚Volksgemeinschaft‘ durch Propaganda auf ein bestimmtes Verhalten gegenüber den ‚Fremdarbeitern‘ einzuschwören. Die Einhaltung der diesbezüglich aufgestellten Regeln hing zumeist davon ab, wie nützlich sie für den Arbeitgeber waren. Mit der Dauer des Krieges nahm das Gefühl der Bedrohung durch die ausländischen Arbeitenden zu. Auf vielen Höfen stellten sie die einzige männliche Arbeitskraft. Es gab viel Fälle von Denunziation, aber auch Beispiele von Menschlichkeit.¹⁰

Das klingt zunächst nach einer mehrstündigen Unterrichtseinheit, aber ich werde später an einem Beispiel noch zeigen, dass man bereits aus einer Quelle viele wesentliche Punkte herausarbeiten und darüber ins Gespräch kommen kann.

Das zweite Stichwort im Zusammenhang mit der Didaktisierung des Themas war das der „Multiperspektivität“: Zeugnisse aus der Vergangenheit spiegeln immer einen perspektivischen Blick auf die damalige Wirklichkeit. Auch Historiker können – bei aller Methodik – nie vollständig ihre eigene Perspektivität ausschalten. Die Erkenntnis über die Perspektivität von Geschichte führt zu der geschichtsdidaktischen Forderung, den Geschichtsunterricht nicht auf eine bestimmte Perspektive bzw. auf eine bestimmte Sicht auf die Vergangenheit festzulegen. Geschichte soll sozusagen von oben und unten, von innen und außen und von links und rechts betrachtet werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen aus verschiedenen Perspektiven auf die Geschehnisse blicken, z.B. aus der von Opfern, Tätern und Zuschauern, von Königen und Untertanen, von Erwachsenen und Kindern und sich in der Auseinandersetzung hiermit eine Meinung bilden. Sie sollen sich in die jeweiligen Denk- und Handlungsweisen einfühlen und erfahren, dass ihre Sicht auf die Dinge nicht die einzige ist.¹¹ Diese Art der Betrachtungsweise soll die Schülerinnen und Schüler dazu veranlassen, Fremdem mit Toleranz zu begegnen und die eigenen Einstellungen und Wertvorstellungen zu überdenken. Die multiperspektivische Darstellung und Bearbeitung historischer Inhalte ist demnach eine grundsätzliche geschichtsdidaktische Forderung.¹²

Was folgt daraus für unseren Themenkomplex? Multiperspektivische Betrachtung heißt in diesem Fall, aus der Sicht der Zwangsarbeitenden, der Obrigkeit und der ‚Volksgemeinschaft‘ auf die Vergangenheit zu blicken. Das verlangt viel Einfühlungsvermögen und Bereitschaft, ist aber für das wirkliche Verstehen unerlässlich. Es müssten den Schülerinnen und Schülern demnach Zeugnisse der Vergangenheit zur Hand gegeben werden, die die einzelnen Sichtweisen möglichst deutlich zum Ausdruck bringen. Anhand dieser sollten sie sich zum einen die beschriebene Sachkompetenz erarbeiten und zum anderen üben,

sich in die unterschiedlichen Denk- und Handlungsweisen einzufühlen, um sich damit die Problematik erst wirklich zu erschließen.

„Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein“ ist auch aus fachwissenschaftlicher, genauer gesagt: aus regionalgeschichtlicher Sicht ein lohnenswertes und erkenntnisreiches Thema für den Geschichtsunterricht, lassen sich hieran doch regionsspezifische Ausprägungen erkennen. Es zeigt sich, dass der regionalgeschichtliche Zugriff seinen Eigenwert besitzt. Dies gilt jedoch nicht nur für den fachwissenschaftlichen, sondern gleichwohl für den fachdidaktischen Ansatz. Die heimat-, regional- bzw. landesgeschichtliche Herangehensweise an historische Stoffe wird in der Fachdidaktik häufig als „Prinzip der Nähe“ bezeichnet. Von der räumlichen Nähe leitet man allerdings unterschiedliche didaktische Vorzüge ab.

Nach Ansicht einiger Didaktiker ergibt sich aus der räumlichen Nähe auch eine psychische. Demnach wäre die Geschichte des „kleinen Raumes“ leichter verständlich bzw. zugänglich.¹³ Andere wiederum stellen heraus, dass mit dem heimat-, regional- bzw. landesgeschichtlichen Zugriff an Alltagserfahrungen- und -interessen der Schülerinnen und Schüler angeknüpft wird.¹⁴ Laut Lehrplan Geschichte für die Sekundarstufe 1 soll mit Hilfe der „didaktischen Klammer zwischen dem Nahen und Vertrauten und dem Fernen und Andersartigen“ schrittweise der Aufbau von Zeitorientierung möglich sein.¹⁵ Allen Auslegungen des „Prinzips der Nähe“ ist gemeinsam, dass sie Heimat-, Regional- und Landesgeschichte unterstellen, näher beim Schüler/der Schülerin und damit für diesen/diese leichter begreifbar zu sein. Ein weiteres Zitat aus dem Lehrplan Geschichte soll dies verdeutlichen:

„Der Geschichtsunterricht macht es sich zunutze, daß die Regionalgeschichte Anschauungsfeld für die überregionale Geschichte ist und eine Vermittlerrolle zwischen der Geschichte des „kleinen Raumes und der nationalen Geschichte spielen kann. (...) Mit der Hinwendung zu den Nahräumen ergeben sich zudem die didaktischen Vorzüge der Überschaubarkeit, Konkretheit, Authentizität und Detailtreue.“¹⁶

Demnach liefert „Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein“ den Schülerinnen und Schülern ein anschauliches weil überschaubares, konkretes, authentisches und detailliertes Beispiel für Zwangsarbeit auf nationaler Ebene. Es darf bezweifelt werden, dass es den Schülerinnen und Schülern leichter fällt, das komplexe Thema Zwangsarbeit auf regionaler Ebene nachzuvollziehen.

Meiner Ansicht nach liegt der Gewinn des regionalgeschichtlichen Ansatzes didaktisch gesehen an anderer Stelle begründet. Wie auch im Zusammenhang mit dem Holocaust ist man schnell versucht, Zwangsarbeit als ein Geschehen zu betrachten, das im ‚Verborgenen‘ und weit ‚entfernt‘ oder eben ‚ganz anders‘, nämlich unter beinahe idyllischen – viel besseren und sichereren Bedingungen als in der Heimat – stattgefunden hat. Die Ausbeutung von ‚Fremdarbeitern‘ Kriegsgefangenen und ausländischen KZ-Häftlingen fand nicht nur hinter Stacheldrahtzäunen in Industriegebieten anderer Regionen, sondern eben auch in Schleswig-Holstein statt. Der regionalgeschichtliche Zugriff holt die Vergangenheit näher an den Betrachter heran und wirkt damit Verdrängungstendenzen, wie den eben beschriebenen, entgegen. Geschichte

13 Vgl. dazu u.a.: Münter, Wilhelm: Zeitgemäßes Geschichtsunterricht. Grundsätze, Ziele und Lehrpläne für die Hauptschule. München 1967, S.26: „Immer wieder gibt es Gelegenheiten, die allgemeine Geschichte im Spiegel der Heimatgeschichte zu betrachten. Der Gegenstand des Geschichtsunterrichts gewinnt dabei an Plastizität. Er wird den Kindern an Beispielen aus der Heimat räumlich und damit auch psychisch näher gebracht.“

14 Vgl. dazu u.a.: Peukert, Detlev: Didaktik der Heimatgeschichte, in: Klaus Bergmann (u.a., Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik. 3.Aufl. Düsseldorf 1985, S.310: „(...) dem das Anknüpfen an Alltagserfahrungen und -interessen der Schüler (...). Aber gerade eine Geschichtswissenschaft, die sich in emanzipatorischer Absicht als historische Sozialwissenschaft versteht, kann nicht von der Alltagswelt der Lernenden und der in ihr konstatierten Identität und Interessengebundenheit absehen, (...)“

15 Ministerium für Bildung, Wissenschaft Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): a.a.O., S.15.

16 ebd., S.20f.

17 Bergmann, Klaus: Geschichtsdidaktik, in: Klaus Bergmann, a.a.O., S.5.

18 vgl. dazu Bergmann, Klaus: a.a.O., S.158ff.

19 vgl. dazu: Mayer, Ulrich: Handlungsorientierung, in: Klaus Bergmann (u.a., Hg.): a.a.O., S.411-416.

20 Vgl. dazu ausführlicher: Frey, Karl: Die Projektmethode. Der Weg zum bildenden Tun. 8. überarb. Aufl. Weinheim und Basel 1998.

kommt in den gegenwärtigen Lebens- und Handlungsraum des Betrachters. Es wird deutlich, dass die Vergangenheit auch hier vor Ort und in der Region gestaltet und geprägt wurde. Die Verantwortlichkeit für Geschichte rückt damit näher an den Betrachter heran. Laut Bergmann ist „Historisches Lernen immer auch politisches Lernen. Ein Lernen, das eingreifendes Denken und denkendes Eingreifen in die politischen Lebenszusammenhänge vernünftig anleiten soll.“¹⁷ Der regionalgeschichtliche Zugriff kann dies unterstützen.

Die Schülerinnen und Schüler sollten sich über die handelnden und leidenden Personen der Thematik nähern. Damit ist nicht die Personalisierung oder Personifizierung von Geschichte, also die einseitige Darstellung von Vergangenheit an und aus der Sicht großer, in aller Regel männlicher Persönlichkeiten bzw. die an und aus der Sicht namenloser handelnder und leidender ‚Normal-Personen‘ gemeint.¹⁸ Personalisierung und Personifizierung lassen sich nicht mit der Forderung nach Multiperspektivität vereinbaren. Zugriff über Personen meint die Betrachtung der Vergangenheit aus der Sicht einzelner, konkreter Personen, sofern dies möglich ist. Zahlen und abstrakte Gruppenbezeichnungen erhalten so Gesichter. Identifikation ist eher möglich.

Der regionalgeschichtliche Zugriff lässt sich auch methodisch begründen. Bei dieser Herangehensweise ist es den Schülerinnen und Schülern eher möglich, Zeitzeugen und Fachleute zu befragen, in Archiven und Museen zu arbeiten und selber auf Spurensuche zu gehen, also aktiver an der Gestaltung und Planung ihres Lernprozesses mitzuwirken und sich handlungsorientiert mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.¹⁹ Diese methodischen Optionen lassen sich in der Projektarbeit²⁰ bündeln. Projektunterricht knüpft entweder an ein relevantes gesellschaftliches Problem bzw. Bedürfnis an – wir erinnern uns an die Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit – oder nimmt seinen Ausgangspunkt in der Lebenspraxis der Schülerinnen und Schüler. Es wird selbstbestimmt, ganzheitlich und fächerübergreifend gelernt und auf ein Produkt hingearbeitet.

Sachkompetenz erarbeiten, multiperspektivisch, regionalgeschichtlich und über konkrete Personen an die Thematik herangehen und dabei möglichst viele der methodischen Optionen des regionalgeschichtlichen Zugriffs berücksichtigen, also möglichst selbstbestimmt und handlungsorientiert arbeiten. Dass das tatsächlich möglich ist bzw. angeleitet werden kann, will ich an einem Beispiel zeigen.

Bei der ausgewählten Quelle handelt es sich um den Brief einer polnischen Zwangsarbeiterin, den sie aus einem Lager in Lübeck an ihre Freundin in der Heimat schreibt. Sie schildert darin ihre Lebens- und Arbeitssituation. Die Quelle stellt demnach einen regionalen Bezug her, wirkt so Verdrängungstendenzen entgegen und kann den Beginn der Erarbeitung der Thematik auf regionaler Ebene markieren. Es sind darin bereits wesentliche Informationen über das Leben und Arbeiten einer polnischen Zwangsarbeitenden enthalten bzw. sie können daraus abgeleitet werden. Der Leser blickt aus der Perspektive einer Zwangsarbeiterin auf ihre Situation und auf die nationalsozialistische Gesellschaft. Am Beispiel einer konkreten Person können die Schülerinnen und Schüler einen Eindruck vom Schicksal von Millionen von Menschen er-

halten. Sie haben die Möglichkeit, sich mit der Schreiberin zu identifizieren. Die Briefform ist ihnen vertraut. Heimweh, Angst und Wut kommen unmittelbar zum Ausdruck, die affektive Ebene wird dadurch besonders stark angesprochen. Briefe wie diese gehören zu den raren Quellen, die die direktesten und unmittelbarsten Reaktionen der ausländischen Arbeitenden auf ihre Situation enthalten. Die Erinnerungen von Zeitzeugen sind damit nicht vergleichbar. Jahrzehnte später blicken die Menschen anders auf die vergangenen Ereignisse. In der Zwischenzeit waren sie äußeren Einflüssen ausgesetzt, haben neue Informationen und Interpretationen in ihre Sichtweise integriert und erinnern sich vor allem an für sie im Nachhinein bedeutende Personen und Geschehnisse. In Briefen wie diesem mussten die direkten Schilderungen aufgrund der Briefzensur oft verschlüsselt werden. Dies hat die Autorin dieses Beispiels entweder nicht gewusst oder sie hat diese gezielt umgangen. Die im Original der Übersetzung zu findenden Formulierungsschwächen wurden bewusst beibehalten:

Lübeck, den 12.1.1942

Liebe Halinka,

Dein Brief hat aus meinen Augen viel Tränen hervorgebracht. Ihr könnt euch in der Heimat gar nicht vorstellen, was ein Brief aus der Heimat in der Fremde bedeutet. (...)

Ich bin auf einen neuen und besseren Posten nach Tarnopol gefahren. Von dort aus wurde ich, durch die lieben Ukrainer, nach Deutschland zur Zwangsarbeit geschickt. (...)

Hier tun sie uns behandeln wie die Juden in Lemberg. Hier müssen wir kräftig das P auf dem Mantel und dem Kleid tragen, (...). Ich wohne hier mit 12 Mädchen in einer Stube. (...)

Was es sich um das Essen handelt, laufen wir dauern hungernd herum. Denn ein Pole braucht nicht zu essen, er kann höchstens krepieren. (...)

Polen und Polinnen gibt es hier über 4000 aus ganz Polen. Wir werden hier am schlimmsten betrachtet. Mit der Straßenbahn, ins Kino zu gehen und in Restaurationen zu verkehren, ist uns strengstens verboten. Wir tun uns deshalb nicht sehr kränken und tragen mit Stolz unser P und halten es für eine Ehre, dass wir Polen sind. (...)

Wenn wir irgendwo gehen, so singen wir und sind voll Humor, um den Deutschen zu zeigen, dass sie uns nicht so schnell vernichten können. (...)

Leider gehe ich, wenn ich von der Arbeit komme, nirgends, da ich sehr schwach bin. Ich gehe höchstens einmal in zwei Wochen in die Kirche, da hier einmal in zwei Wochen eine polnische Messe abgehalten wird. Dir ist doch bekannt, dass den deutschen Frauen und Männern der Verkehr mit Polen verboten ist.

Ich arbeite in einer Munitionsfabrik und zwar so, dass man nicht weiß, ob man gesund wiederkommt, entweder ohne Augen, ohne Hand oder Fuß.

Das Leben ist hier nicht zum aushalten. Ich weiß nicht, wie lange ich noch hier aushalten werde, ich gehe oft an den Strand und denke nach ob ich hineinspringen soll und meinem Leben in dieser Hölle ein Ende

machen soll. Will aber aushalten und sie sollen sehen, dass uns nicht so leicht zu kriegen ist. Viele von diesen Mädchen sind schon nachhause ausgerückt. Leider habe ich niemanden, zu den ich zurückkehren könnte. (...)

Es ist 12 Uhr nachts, um elf kam ich aus der Arbeit. Der Himmel ist hell von Reflektoren beleuchtet, die Lampen sind erloschen, die Freundinnen knien am Fußboden und weinen und beten, da sie befürchten bis morgen früh nicht mehr am Leben zu sein. Unsere Baracken zittern, Gott ach Gott, es ist schwer zum aushalten. (...)

Es grüßt und küsst dich deine Irene. (...)

Absender der Briefeschreiberin:

Irene S. Lübeck Siems, Gothmundlager.

Das Original der Übersetzung des Briefes der polnischen Arbeiterin Irena S. befindet sich in der zum Fall gehörigen Sondergerichtsakte im Landesarchiv Schleswig (Abt. 358, Nr.5397). Der eigentliche Brief wurde beim Bombenangriff auf Lübeck am Palmsonntag 1942 vernichtet.

Irena S. wurde am 1.9.1918 in Przemysl/Polen geboren. Im Alter von 23 Jahren wurde sie im November 1941 zum ‚Arbeitseinsatz‘ nach Lübeck-Schlutup gebracht. Dort war sie zunächst bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik beschäftigt, bis sie im Frühjahr 1942 als Betreuerin und Dolmetscherin für polnische Arbeiterinnen ins Gothmundlager nach Lübeck-Siems kam.

Der Brief, den sie noch während ihrer Arbeit in Schlutup schrieb, entging der Briefzensur oder umging diese, gelangte aber während einer Hausdurchsuchung bei der Empfängerin im Generalgouvernement in die Hände der Deutschen. Irena S. wurde vom schleswig-holsteinischen Sondergericht aufgrund des Briefinhalts wegen ‚Deutschfeindlicher Gesinnung‘ nach §1 der ‚Polenstrafrechtsverordnung‘ zu drei Jahren verschärftem Straflager verurteilt. Ihr weiterer Verbleib ist unbekannt.

Durch die an der Quelle vorgenommenen Kürzungen wurde es möglich, einzelne Abschnitte zu schaffen, in denen jeweils ein Aspekt, z.B. das Heimweh oder die Gefahr am Arbeitsplatz, geschildert wird. So besteht die Möglichkeit zu kürzen, Schwerpunkte zu setzen bzw. gezielte Arbeitsaufträge zu geben.

Es ist möglich, anhand dieses konkreten Beispiels wesentliche Informationen über das Leben und Arbeiten polnischer Zwangsarbeitender herauszufiltern. Die Schülerinnen und Schüler erfahren, dass die polnischen Arbeitenden ein ‚P‘ auf ihrer Kleidung tragen mussten, dass ihnen kaum Freizeitaktivitäten möglich waren und den Deutschen der Umgang mit den Ausländern verboten war. Die Aussage ‚Wir werden hier am schlimmsten betrachtet‘ wirft die Frage nach denjenigen auf, mit denen hier verglichen wurde. Es wird zudem ein Eindruck vom Leben und Arbeiten einer in der Stadt lebenden und in der Industrie tätigen ausländischen Arbeiterin vermittelt. Der Hunger bestimmt den Tag, nach der Arbeit ist sie für anderweitige Aktivitäten zu schwach. Irena S. wohnt mit 12 anderen Frauen in einer Stube. An ihrem Arbeitsplatz und auch im Lager ist sie ständig in Gefahr. Es war den polnischen Arbeitenden verboten, Luftschutzkeller aufzusuchen.

Besonders ergiebig ist die Quelle hinsichtlich der Schilderungen der psychischen Verfassung der jungen Frau. Heimweh, die aus den sog. ‚Polenerlassen‘ resultierenden Diskriminierungen, wie z.B. die Stigmatisierung mit dem P-Abzeichen, die physischen Belastungen durch die harte Arbeit und die mangelnde Ernährung bzw. der psychische Druck, der aufgrund der ständig zu spürenden Gefahren auf ihr lastet, lassen ihr das Leben zur „Hölle“ werden. Sie denkt an Selbstmord. Gleichzeitig erfährt der Leser, welche Strategien die junge Frau aufgebaut hat, um sich am Leben zu erhalten. Der rassistisch begründeten Diskriminierung wird der Stolz auf die Herkunft entgegengesetzt. Sie singt. Damit werden einerseits aufgestaute Gefühle abgebaut, und andererseits wird den Deutschen demonstriert, „dass sie uns nicht so schnell vernichten können“. Irena S. schreibt stets von „den Deutschen“ als Kollektiv. Offenbar haben sie ihre bisherigen Erfahrungen nicht zu einer differenzierteren Betrachtung veranlasst.

Dies ist selbstverständlich nur ein Teil von dem, was aus der Quelle herausgearbeitet bzw. davon ausgehend erarbeitet werden kann. Der Brief eignet sich hervorragend als Einstieg in die Problematik. Hiervon ausgehend, können die Schülerinnen und Schüler selbständig weitere Fragen an das Thema stellen und diese möglicherweise zu einem Projekt weiter entwickeln.

Wie kommt man an geeignetes Material? Hintergrundinformationen bieten das vom IZRG im Auftrag der Landesregierung erstellte Gutachten zu den Zwangsarbeitenden in Schleswig-Holstein 1939-1945 – im Internet unter www.izrg.de zu finden – und das im Dezember 2000 bei der Landeszentrale für politische Bildung erschienene Heft Labskaus Nr. 11 mit dem Titel „Verschleppt nach Deutschland“, das eine sehr geraffte Version des Gutachtens darstellt. In der Handreichung der Ministerin zum 27.1.2001 ist die eben beschriebene Quelle zu finden, diesbezügliche Angaben zu Bearbeitungsmöglichkeiten und alle nötigen Hintergrundinformationen ebenso.²¹ Es ist außerdem unser Ziel, bis zum 15.3.2001 auf der homepage des IZRG weitere regionalgeschichtliche Quellen zur Verfügung zu stellen.

Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein als Thema in der Schule? Diese Ausgangsfrage kann in eine Forderung verwandelt werden. Das Thema ist von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz und damit gegenwarts- und zukunftsbezogen. Es ist regionalgeschichtlich von Interesse, da sich hier spezifische, von der nationalen Ebene abweichende, Tendenzen herausarbeiten lassen. Das Thema ist grundsätzlich in den Lehrplan integrierbar. Die mögliche didaktische Aufbereitung lässt sich mit den Stichworten Sachkompetenzaufbau, multiperspektivische Betrachtungsweise, regionalgeschichtlicher Ansatz, Zugriff über konkrete Personen und Nutzung der methodischen Optionen des regionalgeschichtlichen Ansatzes zusammenfassen. Geeignetes Material ist vorhanden. Bleibt zum Schluss die Zeitproblematik. Ist eine Integration des Themas in den Geschichtsunterricht aufgrund der bereits vorhandenen Stofffülle überhaupt möglich?

Ich möchte in diesem Zusammenhang erneut aus dem Lehrplan zitieren:

„Der angemessene Umgang mit den Lehrplänen schließt auch die

21 Besagte Handreichung finden Sie auch in diesem Band.



22 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (Hg.): a.a.O., S. 3.

Freiheit für die Lehrkräfte ein, das Konzept der Lehrpläne in eigener pädagogischer Verantwortung auszugestalten, es erprobend weiterzuführen und für künftige Erfordernisse offenzuhalten.“²²

Bleibt zu hoffen, dass viele Lehrkräfte dazu bereit sind.

